

Dezernent Wagner erklärte, das Thema bereite der Verwaltung eine gewisse Sorge, da eine Beteiligung der Kommunen als Teil der unteren staatlichen Schulaufsicht offenbar künftig nicht mehr gewollt sei. Die Vorgehensweise des Landes lege die Vermutung nahe, dass es nicht so sehr um pädagogische oder verwaltungsorganisatorische Fragen gehe, sondern in erster Linie um finanzielle Aspekte.

Auch der Landkreistag wende sich gegen das Verfahren und werde dazu ein Positionspapier zur Stärkung der unteren Schulaufsichtsbehörden erarbeiten. Auf den Rhein-Sieg-Kreis bezogen könne er nur betonen, dass eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem Schulamt als verwaltungsfachlichem Teil und den Schulaufsichtsbeamten als schulfachlichem Teil zum Wohle der Schulen bestehe. Dies komme nicht zuletzt auch hier, in der Arbeit im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung, zum Ausdruck. Von daher trete die Verwaltung dafür ein, die Rolle der unteren staatlichen Schulaufsichten zu stärken und nicht zu schwächen.